

Sensicht darauf gelegt wird, daß bei der Worte die Beziehungen zu anderen Mächten höher bewertet werden, kann solche die Tugel der leise Staat, dem wir unsere Freundschaft anstrengen würden. —

Politische Tageschau.

Am 5. Mai.

Ein Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte.

* Bei dem großen Interesse, das Deutschland an der Ausbreitung seiner wirtschaftlichen Beziehungen im Osten, nicht nur in Russland, sondern auch in den östlichen Balkanstaaten hat, gewinnt der im preußischen Abgeordnetenhaus am letzten Sonnabend vorgebrachte und vorläufig erledigte Antrag des Konservativen Abg. Bierer auf Schaffung eines Lehrstuhles für osteuropäische Geschichte erheblich an Bedeutung. Ursprünglich und im Sinne des Antragstellers war es gedacht, daß dieser Lehrstuhl nur an der Breslauer Universität errichtet werden sollte. Nach einem Vorschlag des Abgeordneten Müller (natt.), den auch der Volkspartei-Kandidat unterstützte, soll in der Budgetkommission in Erwögung gezogen werden, ob es tunlich ist, in Breslau wie an der Posener Akademie einen solchen Lehrstuhl zu errichten. — Im übrigen konnte am Sonnabend vom Abgeordnetenhaus der Universitätsrat, zu dem noch mancherlei Spezialwünsche vorgebracht und erörtert wurden — so soll fortan die Sammlung der Quellen für Religionsgeschichte in Göttingen staatlich subventioniert werden — erledigt werden. Das Kapitel höhere Lehramtskosten wurde jedoch in Angriff genommen. Von Bünzien, die hierzu vorgebracht wurden, ist besonders ein von dem Zentrumabgeordneten Wildermann und dem Nationalliberalen Dr. Herwig vertretener er wähnenswert. Es sollen nach ihm die Überlehrer als unmittelbar dem Staat unterstelltste Beamte, nicht als Gemeindebeamte angesehen werden.

Berlin-Stettin.

* Der schon seit vielen Jahren geplante Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin ist nunmehr zur Tatsache geworden. Am Sonnabend fand eine vom Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt veranstaltete Besichtigungsfahrt statt, an der etwa 800 Personen teilnahmen. Die Bedeutung dieses neuen Seewegs bis zur Reichshauptstadt liegt zunächst darin, daß er eine wohltätige Verfrachtung aller der Güter ermöglicht, die bisher von und nach den deutschen Osten allein auf den kostspieligeren Eisenbahnverkehr angewiesen waren. Dies wird natürlich den Verkehr an und für sich schon heben. Weiter kommt aber noch hinzu die Belebung der bisher arg darniederliegenden Ostseeschifffahrt. Bisher wurde der Seeverkehr von und nach den Gebieten südlich der Elbe im wesentlichen über Hamburg und Bremen geleitet. Denn bis in die Osten die Waren zur See zu transportieren und sie dann noch mittels des Umschreibens über Stettin nach Berlin zu senden, das war bei weitem kostspieliger und zeitraubender als der Weg über Hamburg oder Bremen. Nun werden ja große Dampfer auch in Zukunft ihre Ladung nicht bis nach Berlin bringen, beziehungsweise in Berlin aufnehmen können. Denn der neue Schiffsraum kann nur Dampfer bis zu 800 Tonnen tragen. Über die große Menge der kleineren Seeschiffe wird doch sehr tief ins Binnenland hereinfahren können, und das wird doch zweitesslos dem Verkehr zur See, weil er billiger ist, zu füllen kommen.

Kopps Nachfolger.

* Der Breslauer fürstbischöfliche Stuhl dürfte nun auch nicht mehr weitwalt sein. Das Kapitel hat die Wahl bereits vollzogen, nachdem die Vorschlagsliste, die nach den Wahlbestimmungen dem Könige von Preußen eingereicht werden muß, von Berlin zurückkam. Es bleibt jetzt nur noch die päpstliche Bestätigung übrig, um den Wahlakt gültig zu machen. Da die Bitte um Bestätigung der Wahl bereits nach Rom abgegangen ist, dürfte in nicht allzu ferner Zeit der Nachfolger des Kardinals Kopf endgültig bestimmt werden. Erst wenn die päpstliche Bestätigung eingetroffen ist, wird man den Namen des Erwählten erfahren. Was bisher darüber in den Blättern veröffentlicht wurde, beruht lediglich auf Kombinationen. Niemand weiß heute noch, wer in Zukunft der Oberhirte der schlesischen Katholiken sein wird, und darum sind auch die politischen Erörterungen, die sich an die Möglichkeit eines Systemwechsels in der Stellung des Fürstbischofs gegenüber der Zentrumspartei rütteln, zum mindesten verfrüht.

Der geheimnisvolle Dampfer.

* In der Nähe der Insel Fehmarn an der Ostküste von Schleswig wurde in den letzten Tagen ein Schiff beobachtet, das einige Verluste bei den Bewohnern der Insel erweckte. Da es ein paar Tage lang dort lag, glaubte man, die Mannschaft Spioneire zu verbergen. Zweimal wurden gingen darauf von Kiel ab, um das Schiff auf Art und Inhalt zu prüfen. Es wurde denn auch zunächst festgestellt, daß das Schiff am Heck einen holländischen und am Bug einen russischen Namen führe. Und daß diese beiden Namen seltsamerweise mit Farbe überstrichen waren. Die deutschen Marineoffiziere durchsuchten nun das ganze Schiff und stellten fest, daß es sich um den norwegischen Dampfer Hanna handele, der kürzlich Waffen und Munition nach Österreich gebracht hatte und jetzt wieder in die Oste zu verschließen war. Er hatte bei Fehmarn angelegt, um dort einige Verbesserungen vorzunehmen. Die Hanna wurde daraufhin wieder freigegeben, da nur Spionage verdacht eine Beschädigung des Dampfers gerechtfertigt hätte.

* Die gehässige Ministerkrise. Die Präsidenten des Coburger und gothaerischen Landtages, von Ondold und Liebtrau, hatten am Sonntag in Oberhof eine Zusammenkunft, um über die Ministerkrise zu sprechen. Die Aussicht auf eine Beilegung der Krise im Sinne der Forderung der Landtage ist nicht aussichtsreicher geworden, und es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß Dr. v. Richter im Amt verbleiben wird. Wie man hört, hat der Herzog es abgelehnt, das Demissionsgesuch des Herrn v. Bassewitz anzunehmen.

* Der frühere Reichsverbaudienstleiter Gottlieb. Der frühere Reichsverbaudienstleiter Gottlieb.

Gottlieb ist in der Nacht zum Sonntag in Gießen gestorben. Gottlieb, der auch dem hessischen Landtag längere Zeit angehörte, war 1844 in Dorch geboren. Von 1881 bis 1884 vertrat er als freisinniges Mitglied Gießen und von 1890 bis 1893 Friedberg-Büdingen im Reichstag. 1890 war er auch in Gießen gewählt worden, lehnte aber wegen der Doppelwahl dieses Mandat ab. Vor drei Jahren zog er sich aus Gesundheitsgründen vom politischen Leben zurück.

* Vom Aussichtsamt für Privatversicherung. Als Nachfolger für den fürstlich aus dem Dienst geschiedenen Präsidenten des Aussichtsamts für Privatversicherung, Gruner, hat der vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Jaup, die Leitung des Amtes übernommen. Sein Referat in der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamts des Innern ist dem ältesten Direktor im Aussichtsamt für Privatversicherung, Geheimrat Klehm, übertragen worden.

* Verhaftung russischer Spione in Hamburg. Wegen Spionage sind in Hamburg fünf Personen aus Thorn verhaftet worden. Sie hatten sich geheim zu haltende Sachen der Festung Thorn zur Auslieferung nach Russland zu verschaffen gewusst und versucht, Soldaten zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten.

* Ein Aufstand in Messa. Nach einer Meldung des Londoner Daily Telegraph aus Konstantinopel haben sich der Emir von Messa und das Volk gegen die türkische Herrschaft erhoben. Der Emir vor kurzem von Konstantinopel nach der heiligen Stadt der Mohammedaner entsende neue türkische Gouverneur soll versucht haben, die Rechte des Emirs und gewisse Privilegien des Volks beschränkt zu wollen, was einen Aufruhr verursachte. Der Gouverneur soll gefangen genommen worden sein.

* Die Unruhen im portugiesischen Kongogebiet. Über die vor einigen Tagen eine belgische Zeitung unveröffentlichte, werden jetzt in einer Meldung aus Lissabon bestätigt. Danach sind infolge von Steuererhöhungen Unruhen ausgebrochen. Truppen schlugen und verfolgten die Rebellen; die Ruhe ist zum Teil bereits wieder hergestellt.

* Ein Aufstand in Neusibirien. Wie die Wiener Alpenische Korrespondenz aus Elbassan meldet, ist infolge schwerer Unterdrückungen, denen die Bewohner in Neusibirien ausgesetzt sind, in der Gegend von Maikant ein Aufstand ausgebrochen. Seit zwei Wochen wird auf den Bäumen von Maikant zwischen Russischen und serbischen Soldaten gekämpft.

Eine Kaiserhuldigung in Korfu.

Der Lyzeumslub griechischer Damen aus Athen, welcher u. a. wälderländische Trachten und Ländle pflegt, hat dem Kaiser, der Kaiserin und der Königin eine einzige Huldigung voll Poche durchgeführt. Auf einer Bergwiese bei dem Dorfe Analipsis überhalb des Parks von Mon Repos, die einen prachtvollen Blick auf das Meer bietet, hatten sich unter alten Oliven etwa hundert junge Mädchen aus Athener Familien in malerischen Gruppen auf Matzen gelagert; sie trugen die Volkstrachten aus allen Teilen Griechenlands; vertreten waren besonders Attika, Korinth, Kreta, Thessalien, Magnesien, der Peloponnes, Chios, Epirus, die Megadischen und die Ionischen Inseln. Die Trachten zeigten eine unschöpfliche Romanik wilder Bergwälder bald von einer an das frühe Mittelalter erinnernden Zartheit und Würde. Sie waren zum Teil von unerhörter Pracht und größter Kostbarkeit. Daneben waren etwa dreißig Jünglinge aus einer Athener Schule in der nationalen Justianella, und der gemischte Chor des Athener Konseratoriums im Kostüm aufgestellt. In der Nachmittagssonne boten die anmutigen Ercheinungen der jungen Deute Bilder von einem wunderbaren Farbenreichtum. Die Majestäten nahmen unter einem Zelt Platz. Eine Militärkapelle aus Athen spielte die deutsche, die Kapelle der Hohenzollern die griechische Hymne. Dann wurden nach uralten Weisen, die bald schwermäßig und eintönig waren, bald, so besonders die kretischen, einen wilden Rhythmus zeigten, Tänze und Reigen aufgeführt. In den Pausen sang eine Dame griechische Volkslieder. Den Schluss machte ein Ballos, der noch heute wie in Altägypten getanzt wird, welchem Tänzerinnen in antiken Gewändern eröffneten, und an dem dann alle Gruppen teilnahmen. Die Majestäten zeigten das größte Interesse an den zwei Stunden dauernden Vorführungen; nach ihrem Schlusse beschäftigte die Kaiserin einzelne Trachten näher. Die Majestäten sprachen dem veranstaltenden Komitee ihren Dank aus. Bei der Ankunft und der Wiederholung brachte das Publikum ihnen lobhafte Kundgebungen dar.

Wohlfahrt des Kaiserpaars von Korfu.

Der Kaiser verweilte gestern vormittag im Museum auf Korfu. Die Wohlfahrt des Kaiserpaars erfolgte nach Verabscheidung von der Königin der Hellenen um 1 Uhr auf der Hochzollern; die Breslau, Goeben und Sleipner folgten nach Portofino und Genua. Der deutsche Botschafter in Rom, v. Hofstot, reiste gestern abends nach Portofino und Genua zum Empfang des Kaisers.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

* Der Kampf um die Konkurrenzklause, der am Montag im Reichstag in allgemein friedlicher Stimmung unter den Bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten ausgefochten wurde, bot eigentlich kaum etwas Interessantes oder Neues. Wie die Dinge bei dem ja bekannten Inhalte des Kompromißantrages nun einmal liegen, konnte es am Montag nur eine Gegenüberstellung von sozialdemokratischen Ansichten und denen der Kompromisspartei geben. Die Regierung hatte nur einige Kommissare in den Wahlkorb gesetzt und rüstet sich wahrscheinlich auf den Dienstag, denn der Reichsanzler soll am Dienstag über die auswärtige Lage sprechen. Am Montag also feilschte man, wenn man es recht betrachtet, um den Betrag von 500 Mark. Die Bürgerlichen Parteien verlangten, daß die Konkurrenzklause nicht sein soll, wenn das Gehalt des Handlungsgeschäfts 1500 Mk.

nicht übersteigt, während die Genossen die Grenze bei 2000 Mark Gehalt gesogen wissen wollten. Hoch (Soz.) begründete diesen Antrag in langatmiger Rede, erzählte, daß seine Partei eigentlich grundsätzlich gegen eine Konkurrenzklause sei, bis allem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlage aber . . . wenn schon . . . unter 2000 Mark wäre man nicht gehen. Trimborn (Str.) bezeichnete dieses Liebeswerben hoch um die Handlungsgeschäfte als eine — Ungeschicklichkeit, durch die er der Sozialdemokratie, mehr geschadet als genutzt habe. Abgeordneter Trimborn ließ sich dann des weiteren über die Konkurrenzklause aus. Gang befürchtet, daß sie sich nicht, dochß sei der Kompromißantrag ein Fortschritt, denn, sollte die Vorlage scheitern, dann sei der leichtfertigen und gesetzlosen Art, die Konkurrenzklause zu vereinbaren, Tod und Töd geöffnet. Gehe die Vorlage aber durch, dann könne jeder Richter nach dem Gesetz feststellen, ob eine Konkurrenzklause zu Recht besteht. Auch der Nationalliberal Dr. Thilo legt sich für das Gesetz stark ins Zeug. Mit Süddeutscher Lebhaftigkeit und weicher, klängender Mundart verteidigt er den Kompromißantrag, weiß den Genossen einen Umfall vor und behauptet, die Sozialdemokraten können aus dem Umfall überhaupt nicht mehr hinaus. Der Reichstag müsse zu einem Ende kommen und nach Möglichkeit die bestreiteten Interessen gegeneinander auszugleichen suchen. Das sei der Inhalt des Gesetzes, auf den man sich geeinigt habe. Der Volkspartei-Volksleben prägt das Wort vom sozialen Fanatismus, von dem der Wehrheitsbeschluß getragen sei, es sei nicht ein Gesetz für oder wider die Konkurrenzklause, sondern ein Gesetz gegen den Strich, auch der Konkurrenzklause. Der Abgeordnete gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung stark geblieben sei, denn das Reich brauche neben einem starken Parlament auch eine starke Regierung. Die Handlungsgeschäfte würden durch das Gesetz auf den Boden des gemeinen Rechts gestellt. Auch der Konservative Frömmer, der Pole Dombeck und Herr Mummm von der wirtschaftlichen Vereinigung treten für die Vorlage ein, während der inzwischen im Hause erschienene Ministerialdirektor Debschütz erklärt, daß er dem bekannten Standpunkt der verbündeten Regierungen nichts hinzuzufügen habe.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

* Die 82. Sitzung der Zweiten Kammer wurde am gestrigen Montag nachmittags 4 Uhr eröffnet. Um Regierungsteile: Minister v. Sendenb., Dr. Nagel und Kommissare. Als Mitglieder des Staatsgerichtshofes und als deren Stellvertreter werden die seitherigen mit dieser Funktion betrauten Herren wiedergemäßt. Dekret 88, Aufkauf eines Grundstückes für das Polizeigebäude in Leipzig wird nach kurzer Empfehlung durch den Justizminister auf Vorschlag des Abg. Anders (natt.) der Finanzdeputation A zur Beratung überwiesen. Abg. Dr. Steche (natt.) berichtet über den Entwurf der Technischen Staatslehranstalt in Chemnitz. Auf seinen Vorschlag wird das Kapitel bewilligt. Abg. Witzel (Soz.) berichtet über Kapitel 88 des Etats: Reichsversicherung und Unfallfürsorge der Gefangenen. Er empfiehlt Genehmigung des Kapitels. Abg. Fräckendorf (Soz.) wünscht, daß die Rechtsprechung auf sozialem Gebiete sich nicht verschlechtern möge. In zweifelhaften Fällen müsse zugunsten des wirtschaftlich schwächeren Teils entschieden werden. Abg. Heldt (Soz.) bringt eine Reihe von Klagen über den Zustand des Versicherungswesens in Sachsen zur Sprache. Ministerialdirektor Dr. Schelcher: Die Regierung wird die Klagen und Wünsche pflichtgemäß prüfen. Zum Teil müssen sie jedoch auscheiden, die, wo die richterlichen Instanzen zu entscheiden haben. Redner geht sodann auf einige von den Vorrednern vorgebrachte Einzelfälle ein. Oberregierungsrat Wittmaak entgegnet dem Abg. Heldt. Nach einer Erwideration des Abgeordneten Fräckendorf wird das Kapitel einstimmig bewilligt. Abg. Anders (natt.) erstattet an Sielle des verhinderten Berichtstellers Harter (konf.) Bericht über das Kriegskapitel Finanzministerium. Die Deputation empfiehlt Bewilligung des Kapitels. Ohne Debatte beschließt die Kammer demgemäß. Abg. Döhler (natt.) berichtet über das Etatkapitel der

indirekten Abgaben.

Er empfiehlt Annahme der Deputationsanträge. Abg. Ko (Fortschr.): Die Fortschrittl. seien nicht unbedingt Gegner indirekter Abgaben. Die Erhebung dieser Abgaben sei unverhältnismäßig teuer. Redner wendet sich gegen die Schlachsteuer, die Übergangsabgabe und die Verbrauchsabgabe. Er beruft eigentlich, wenn die Übergangsabgabe innerhalb des einheitlichen Zollgebietes erhoben wird. Redner fordert besonders Abstimmung über Artikel 8 (Verbrauchsabgabe). Eine Revision der Landesrechtlichen Stempelabgaben sei nötig. Der Mietstempel sei unslogial. Zum Schluss verzweigt sich Redner für einige Beamtenpetitionen. Abg. Flechner (Soz.): Unseren Antrag auf Aufhebung der indirekten Steuern werden wir, wenn nötig, mit einem Nachdruck solange bringen, bis er Erfolg ge habt hat. Die direkten Steuern seien für die Regierung ein Kräutlein Küchenrichtchen. Man wolle eben die Steuern nicht entsprechend zu den Steuern heranziehen. Die Schlachsteuer und die Übergangssteuer lehnen wir ab. Redner wendet sich prinzipiell gegen alle indirekten Steuern. Abg. Hofmann (konf.) vertheidigt die Schlachsteuer und befürwortet einige Petitionen. Abg. Ko (Fortschr.) trifft dem Vorredner entgegen. Finanzminister v. Sendenb.: Eine vollkommen Steuerform gibt es überhaupt nicht. Die Erhebungstaten der sächsischen indirekten Steuern sind nicht allzu hoch. Auf die indirekten Steuern können wir nicht verzichten. Sie haben den unbestreitbaren Vorteil, daß sie nicht als Steuer empfunden werden. Außerdem kann man die indirekten Steuern vermieden. Eine Erhöhung der direkten Steuern würde garantiert eine höhere bedeuten, wo der Wehrbeitrag erhoben wird. Die Schlachsteuer ist allerdings nicht ganz jung, aber darum ist sie doch nicht überholt. Man würde vielleicht Bedenken tragen, sie neuordnungs eingeführen. Über sie zu beseitigen, daß liegt keine Notwendigkeit vor. Übrigens trifft sie nur die teureren Fleischsorten. Die Erhöhung lebt, doch durch die Aufhebung der indirekten Steuern eine Preisermäßigung bei Lebensmittel nicht ein-